4.12.2017 - Redaktionsmeldungen

Drittes Geschlecht, Zwangsimplantation, Gewalt gegen Frauen

Die FamRZ verfolgt für Sie die Berichterstattung in den Medien zu aktuellen familienrechtlichen Themen. Einmal monatlich veröffentlichen wir auf famrz.de einen Überblick über die interessantesten Artikel – zum Weiterlesen, Diskutieren oder Wundern.

Mann, Frau, divers

Süddeutsche.de | *Roland Preuss*

Das Urteil sorgte im November für Aufsehen: Das Bundesverfassungsgericht fordert die Anerkennung eines dritten Geschlechts. Dass diese Entscheidung mitnichten nur Auswirkungen auf den Eintrag ins Geburtenregister hat, stellt *Preuss* in seinem Artikel dar. Es tue sich ein weites Feld auf, schreibt er. „Was passiert mit nach Jungen und Mädchen getrenntem Sportunterricht? Was bei Vereinsmitgliedschaften, die männlich oder weiblich unterscheiden? Was bei Sportwettkämpfen?“

Darf man ein gehörloses Kind gegen den Willen der Eltern operieren?

Spiegel Online | *Christian Henrich*

Das Familiengericht Goslar hat einen schwierigen Fall zu entscheiden: Ein gehörloser Junge könnte durch das Einsetzen eines sogenannten Cochlea-Implantats hören und leichter sprechen lernen. Doch die gehörlosen Eltern stimmen der OP nicht zu. Der Artikel von *Henrich* zeigt Gründe auf, die für und gegen eine Zwangsimplantation sprechen.

Gewalt gegen Frauen: Behörde sorgt mit Werbung für Aufsehen

Hamburger Abendblatt | *Frederik Taube-Bergmann*

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen im November machte die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration mit einer Kampagne auf das Thema häusliche Gewalt aufmerksam. Dabei bediente sie sich als erste Regierungsbehörde überhaupt dem „Adbusting“, um mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen: sie stellte ein bekanntes Werbemotiv – nämlich das der Singlebörse Parship – in einen anderen Zusammenhang. Man wolle nichts unversucht lassen, um das Thema in die Gesellschaft zu tragen, so Sozialsenatorin *Melanie Leonhard*.“

Warum das neue Unterhaltsrecht teilweise gescheitert ist

Faz.net | *Christoph Schäfer*

Zehn Jahre nach der Reform des Unterhaltsgesetzes veröffentlichten nun zwei Forscherinnen des *RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung* eine Studie zu den Auswirkungen. Sie zeigen darin, dass die Gesetzesänderungen nicht so wirken, wie von der großen Koalition erhofft. Für den Artikel interviewte *Schäfer* auch FamRZ-Mitherausgeberin *Elisabeth Koch*. Sie bestätigt: „Das Gesetz ist natürlich geschlechtsneutral formuliert, in der Realität aber bringt es für die Frauen fast nur Nachteile, weil sie in aller Regel für die Familie stärker zurückstecken als ihre Männer“